

Atomkraft - Was geht uns Jugendliche das an?

Atomkraft, ja bitte! Frankreich macht weiter

Von Angel J. Hoffmann, Rahel Hadnagy und Lucas Pullig

Simmern/Paris

Weltweit befinden sich 438 Atomkraftwerken (AKW) in Betrieb. 56 davon stellten im Jahr 2022 282,1 TWh in Frankreich her. Damit liegt der westliche Nachbar von Deutschland in Bezug auf die Anzahl der Reaktoren und die damit erzeugte, atomare Stromleistung mit weitem Abstand an der europäischen Spitze, ja sogar im weltweiten Vergleich. Doch wieso ist für den flächengrößten Staat der Europäischen Union (EU) die Atomkraft eine gute und nachhaltige Energiequelle? Welche Argumente spielen eine Rolle, warum die Politik und Wirtschaft an der Gewinnung von Strom aus Atomkraft festhält?

Die geschichts-politischen (Hinter-) Gründe

Wenn man die insgesamt große Befürwortung der französischen Gesellschaft zur zivilen Nutzung der Atomkraft verstehen möchte, muss man die Anfänge der Nutzung dieser Energie betrachten. Diese lagen in den 1950er und 60er-Jahren nicht in der zivilen Energiegewinnung, sondern im Bereich der militärischen Nutzung und der Produktion von Atombomben. Nachdem Frankreich 1968 die erste Wasserstoffbombe in Französisch-Polynesien gezündet hatte, gehörte der Staat zu den großen Atommächten und stieg zu einem „Global-Player“ auf. Seitens der Politik wurde die zivile Nutzung parallel vorerst nur stiefmütterlich vorangetrieben.

Was waren und sind die wirtschaftlichen Argumente?

Doch als im Jahr 1973 die Ölpreise und dazu auch die Kosten für andere fossile Brennstoffe wie zum Beispiel Gas, Strom und Kohle durch die Ölkrise stiegen, reagierte die französische Regierung mit den so genannten „Messmer – Plan“. Atomstrom wurde nun als kostengünstige Energiequelle propagiert und in den kommenden Jahrzehnten fand ein immenser Bau von Atomreaktoren im Rahmen des zivilen Atomprogramms statt. Folglich entstand nach und nach ein eigener Wirtschafts- und Arbeitszweig in Frankreich. Laut des Artikels „Kernkraft in Frankreich“ von Sophie Martiné sei hieraus der drittgrößte Wirtschaftssektor im Land entstanden. Hieran hängen also Arbeitsplätze, Existenzen und natürlich große Steuereinnahmen für den französischen Staat. Zudem verdiene dieser an den Stromeinnahmen mit, da es sich bei dem Betreiber Electricité de France (EDF) um einen Staatskonzern (80%) handele. Gleichzeitig wurde in der Vergangenheit der europäische Strommarkt geöffnet, so dass Frankreich seinen günstigen – staatlich subventionierten – Strom auch ins europäische Ausland verkauft und so weiteres Geld einnimmt. Weil sich die Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe in den aktuellen Krisen der Welt ständig ändern und

die französische Regierung sowie der Präsident Emanuel Macron diese Energieträger nicht als eine stabile, kostengünstige Energiequelle betrachten und die gesamtwirtschaftlichen Verflechtungen der Atomindustrie so groß sind, wird und soll weiter in diese Technologie investiert werden. Der französische Staatspräsident Macron verkündete dieses Vorgehen 2021 als „Renaissance der Atomkraft“.

Die Ökologischen Ansichten: AKW – CO2 neutral und nachhaltig

Neben den genannten wirtschaftlichen Gründen gibt es weitere Argumente, die in Frankreich für die Fortführung und den massiven Ausbau sowie Erhalt der alten AKWs angeführt werden. Die Befürworter der Atomkraft könnten laut Martiné auf ein jahrzehntelanges „Know-How“ zurückgreifen. Zudem sei Atomkraft ein Prestigeprojekt der Franzosen. Zur Erreichung der Klimaziele des Landes und der EU stelle die Energiegewinnung aus der Kernreaktion eine kohlenstoffarme Energiequelle dar. Zudem wäre laut der Befürworter „die Kernenergie in großem Umfang verfügbar und steuerbar“. Sie müsse also nicht gespeichert werden und sei bei Bedarf abrufbar. Außerdem müssten die erneuerbaren Energien gespeichert werden und wetterbedingt auch von fossilen Energieträgern angetrieben werden.

Wie argumentieren die frz. Befürworter auf Gefahren, die von Kernenergie ausgehen?

Als die Gefahren der AKW nach den Katastrophen von Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) klarer wurden, wurden zeitweise mehr französische Bürger kritisch gegenüber der Gewinnung von Strom aus Atomenergie. Erst genannte Katastrophe wurde jedoch von Seiten der Politik in der Öffentlichkeit verharmlost bzw. die Bevölkerung über mögliche Folgen des Super-GAUs in der Ukraine nicht informiert. In den Folgejahren des GAUs in Japan kam es zu einem Umdenken in der französischen Politik. Der damalige Staatspräsident Francois Hollande wollte die Erneuerbaren Energien fördern und die Erzeugung des Atomstroms auf 50% der Gesamtenergiegewinnung reduzieren.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine kamen weitere Fragestellungen in Europa, ob die Atomkraft weiterhin noch betrieben werden könnte, auf. Gefahren eines möglichen Angriffs, wie in Saporischja, stellten AKWs in Frage. Präsident Macron, der eigentlich die Politik seines Amtsvorgängers fortführen wollte, schwenkte um. Das Meinungsbild der Bürger veränderte sich jedoch wegen der steigenden Strompreise. Die Bürger Frankreichs wollten die Atomkraft laut französischen Meinungs- und Marktforschungsinstituts (Institut Francas d'opinion publique) (IFOP), zu 75 Prozent der ausbauen. Nur ein kleiner Teil von 6% sei dagegen.

Auf die Fragen der Endlagerung des hochradioaktiven Atommülls haben die französischen Befürworter, ähnlich wie andere Staaten auch, bisher nur wenige Antworten. Es gibt bisher nur ein mögliches Endlager. In diesem könne aber nur ein Bruchteil des hochradioaktiven Materials endgelagert werden. Inwieweit dies umweltverträglich ist, ist fraglich.